

**Antrag 80/I/2023**

**KDV Marzahn-Hellersdorf + AG Migration und Vielfalt LDK**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Verbesserung der Standards in Unterkünften nach ASOG**

1 Die Mindeststandards für vertragsfreie Einrichtungen, de-  
2 ren privatrechtliche Vermieter:innen Unterkunftsplätze  
3 anbieten, die nach ASOG belegt werden, sind veraltet  
4 (2011) und müssen vom Land dringend angehoben wer-  
5 den. Künftig müssen die Betreiber verpflichtet werden,  
6 Sozialbetreuer:innen vorzuhalten, damit die Menschen in  
7 den Unterkünften sicherer und informierter sind.

8

**9 Begründung**

10 Im Januar wurde ein Brandanschlag auf ein privates  
11 Wohnhaus in Pankow verübt, in dem Geflüchtete nach  
12 ASOG (ordnungsrechtliche Unterbringen nach dem All-  
13 gemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicher-  
14 heit und Ordnung) untergebracht waren. Dieser Brand-  
15 anschlag, in dessen Nachgang eine geflüchtete Frau ver-  
16 starb, wurde erst Wochen später durch Recherchen ei-  
17 nes Journalisten bekannt. Dieser Fall hat deutlich aufge-  
18 zeigt, dass es in Berlin – auf Landes- und Bezirksebene -  
19 Verantwortungs- und Zuständigkeitslücken gibt.

20

21 Nur weil Geflüchtete keinen Anspruch mehr haben in Ge-  
22 flüchtetenunterkünften des LAF (Landesamt für Flücht-  
23 lingsangelegenheiten) zu wohnen, darf es nicht dazu  
24 kommen, dass sich niemand um sie kümmert. Strengere  
25 Mindeststandards für die privatwirtschaftlichen Betreiber  
26 und eine bessere Kommunikation zwischen Senatsver-  
27 waltung, Sozialämtern und den zumeist privatwirtschaft-  
28 lichen Vermietern sollen helfen, sich über Probleme zeit-  
29 nah auszutauschen und ggf. schnell zu handeln. Der im  
30 Januar mutmaßlich von Rechten verübte Brandanschlag  
31 auf das Wohnhaus hätte schnell verfolgt werden müssen  
32 und der Familie schnellere dauerhafte, auch psychosozia-  
33 le Unterstützung gewährt werden müssen. Durch die Ver-  
34 antwortungslücke hat sich wochenlang erst einmal nie-  
35 mand gekümmert, weder das Land noch der Bezirk - und  
36 so waren die traumatisierten Kinder und der Ehemann  
37 der Toten zunächst allein auf sich gestellt. Das darf sich  
38 nie mehr wieder wiederholen! Strengere Standards, die  
39 die vertragsfreien Einrichtungen zu nachhaltiger Sozial-  
40 betreuung in ihren Mietobjekten verpflichten, hätten den  
41 fehlenden Informationsfluss verhindern können.

42

43